

Calmer Wochenblatt

Nr. 161 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 1400 M., Familienanzeigen 80 M., Reklamen 4000 M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9 Freitag, den 13. Juli 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 10000 M. monatlich. Postbezugspreis 10000 M. ohne Postlohn. Einzelnummer 400 M. — Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Die englische Regierungserklärung.

Verurteilung der französischen Methoden. - Ankündigung einer Antwort auf das deutsche Angebot nach vorhergehender Benachrichtigung der Alliierten.

Der Vorstoß Englands.

Die Erklärung des englischen Ministerpräsidenten.

London, 12. Juli. (Unterhaus.) In Erwartung der wichtigen Erklärung Baldwins waren das Haus und die Zuschauertribüne dicht besetzt. In der Diplomatensloge nahmen zahlreiche Botschafter und Gesandte, darunter der deutsche Botschafter Dr. Schamer und der französische Botschafter St. Aulaire, anwesend. Der Premierminister verlas seine Erklärung in Erwiderung einer Anfrage des Führers der Opposition, Ramsay MacDonald. Seine Ausführungen wurden häufig durch lebhafteste Äußerungen der Zustimmung und Hört! Hört!-Rufe, besonders von Seiten der Oppositionsparteien, unterbrochen. Seine Schlusssätze, daß die britischen Vorschläge kein anderes Ziel verfolgten als die Befriedung Europas und die Wiederherstellung der erschöpften Welt ernteten stürmischen Beifall. Außer den bereits gemeldeten Ausführungen erklärte Baldwin u. a. noch: Wir sind fest überzeugt, daß die Methoden, die nur zum Ruin Deutschlands führen können, für England, für seine Alliierten und für ganz Europa verhängnisvoll sein würden. Wir waren uns von Anfang an klar, daß die Besetzung des Ruhrgebiets nicht geeignet ist, den Höchstbetrag an Reparationen für die Alliierten einzubringen. (Beifall.) Im Januar machten wir in Paris ein Angebot, das wir als eine sehr großmütige Regelung betrachteten, um etwas zu verhindern, was wir für eine Wirtschaftskatastrophe hielten. Dieses Angebot wurde von unseren Alliierten verworfen. Seitdem standen wir beiseite, besetzt von dem Geiste aufrichtiger Loyalität für die Allianz, die unseres Erachtens die Hauptsicherung für den europäischen Frieden war und ist. Viele damals vorausgesehene Folgen treten heute in die Erscheinung. Die Alliierten erhalten weniger an Reparationen als vor der Besetzung (Hört, hört bei der Opposition) und was sie erhalten, wird eingetrieben um den Preis der zunehmenden Zerrüttung des deutschen Wirtschaftssystems mit der Aussicht auf den vollständigen Zusammenbruch dieses Systems in Zukunft. (Hört, hört!) Die Einwohner der betroffenen Gebiete sind in vielen Fällen schweren Leiden unterworfen und es besteht die ernste Beforgnis einer Lebensmittelknappheit. In dem Maße, wie die produktive Kraft Deutschlands erschöpft wird, schwindet die Möglichkeit der Wiederherstellung seines Kredits und der Bezahlung seiner Schulden in eine ungewisse Zukunft. Den Preis für diesen Stand der Dinge bezahlt jedes europäische Land, das eine Land mit dem Schwanken seiner Wechselkurse, ein anderes mit der Abnahme seines Handels, ein drittes mit zunehmender Arbeitslosigkeit. Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß die Wiederherstellung der Welt in Gefahr ist und daß der Frieden, für den so große Opfer gebracht wurden, auf dem Spiele steht. — Nachdem Baldwin die Rede beendet hatte, sprach Ramsay MacDonald die Hoffnung aus, daß die Bemühungen des Premierministers von Erfolg gekrönt sein werden. Er stellte mehrere ergänzende Fragen, die der Premierminister wie folgt beantwortete: Die Angelegenheit der Antwort auf die deutsche Note wird sofort in Angriff genommen werden. Was die Erörterung im Unterhaus betreffe, so hoffe er, daß sich dazu Gelegenheit bei der zweiten Lesung der Consolidated Funds-Bill finden werde. Die dritte Anfrage MacDonalds, ob die Regierung beabsichtige, ihre Antwort für diesen Fall zur Information den Vereinigten Staaten zu übersenden, bat Baldwin auf morgen zu vertragen.

Baldwin hofft auf die Mitarbeit Frankreichs, Belgiens und Italiens.

London, 13. Juli. Zum Schluß seiner Rede im Unterhaus sagte Baldwin noch: Wir hoffen auf die Mitwirkung Frankreichs und Belgiens nicht weniger als auf die Mitarbeit Italiens. Tatsächlich haben wir allen Grund, anzunehmen, daß die Ansichten der italienischen Regierung sich in wesentlicher Uebereinstimmung mit den unsrigen befinden.

Vorbereitung einer englischen Antwort auf das letzte deutsche Angebot.

London, 12. Juli. (Vormeldung.) Ministerpräsident Baldwin teilte heute im Unterhause mit, Großbritannien habe die Alliierten dahin informiert, daß es bereit sei, die Verantwortung

für die Vorbereitung des Entwurfes einer Antwort auf die deutsche Note zu übernehmen. Die Antwort solle den Alliierten zur Kommentierung unterbreitet werden. Baldwin sprach die Hoffnung aus, daß man hinsichtlich der Fassung der Antwort zu einer Einigung gelange. Die in der deutschen Note enthaltenen Vorschläge — ob sie nun angenommen würden oder nicht — dürften nicht ignoriert werden. Baldwin wies nachdrücklich auf die wirtschaftlichen und die anderen Gefahren der jetzigen Lage hin und erklärte, eine Ruhrbesetzung von unbestimmter Dauer für eine recht bedauerliche Erscheinung, für die sobald wie möglich ein ehrenhafter Abschluß gefunden werden müsse.

Die Aufnahme der Erklärung im Oberhaus.

London, 12. Juli. Im Oberhaus richtete Viscount Grey eine Anfrage an den Staatssekretär des Außeren über die europäische Politik der Regierung, worauf Lord Curzon die gleiche Erklärung verlas, die Baldwin im Unterhaus abgegeben hat. Die Mitglieder des Oberhauses nahmen sie mit großem Beifall auf. Hierauf ergriff Lord Grey das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er u. a. zur Frage der Sicherheit Frankreichs bemerkte, die von Frankreich gebrauchte Methode der Besetzung des Ruhrgebiets sei nicht geeignet, das erstrebte Ziel zu erreichen, sondern gerade das Gegenteil zustandezubringen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten, daß der Militarismus keiner Nation und keiner Gruppe von Nationen Sicherheit bringen könne. Der Versuch, Sicherheit auf Kosten anderer Nationen zu erhalten, habe stets mit einem Mißerfolg geendet.

Millerandische Phrasen.

Paris, 11. Juli. Auf seiner Reise durch die Provinz sprach der Präsident der Republik, Millerand, heute in Vaux-les-Bains. Er sagte u. a.: Mit einer Zähigkeit, die unserer Mähigkeit gleich kommt, betreiben wir die Erlangung der Reparationen, die wir erhalten werden und die uns doppelt gebühren, weil wir die Sieger sind und weil wir die Opfer waren. Mit jenem gesunden Menschenverstand aber, der sein Charms und seine Stärke ist, hat sich das französische Volk unverzüglich (?) an das Wiederaufbauwerk mit eigenen (?) Mitteln gemacht. Es ist bekannt, wie weit es hier schon fortgeschritten ist und daß es heute bereits 100 Milliarden vorgeschossen hat für den besiegten Angreifer, der sich seiner Verpflichtung hartnäckig entzieht. Von einem Ende bis zum anderen hat die Friedensarbeit wieder begonnen. Niemals in seiner Geschichte hat sich das in seinem Besitz so schwer getroffene Land ruhiger, entschlossener und zukunftsfähiger erwiesen.

Antimilitaristische Schriften und — Hitzfälle in Paris.

Paris, 12. Juli. Wie die Havasagentur mitteilt, hat Oberst Girod eine Interpellation über Zwischenfälle eingebracht, die sich gestern mit Soldaten ereignet haben, die aus dem Ruhrgebiet kamen, um an der Parade am 14. Juli teilzunehmen. Nach dem „Matin“ handelt es sich um folgendes: Als die Truppen gestern nachmittag vor dem Gebäude der kommunistischen Jugend vorbeikamen, wurden antimilitaristische Schriften von den Fenstern aus unter die Soldaten geworfen. Etwas später ist ein Soldat vom Hitzschlag getroffen zusammengebrochen. Andere Soldaten haben ebenfalls wie dieser nach dem Krankenhaus übergeführt werden müssen, weil ihnen die Hitze Schaden zugefügt hat.

Amerika bewahrt strengstes Stillschweigen.

Paris, 12. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Washington wird im Staatsdepartement strengstes Stillschweigen hinsichtlich der Ruhrfrage bewahrt. Man erklärt, nicht zu wissen, warum der Botschafter der Ver. Staaten seinen Urlaub abgedroht habe und sich nach Washington begab. Daß er nach Washington berufen worden sei, bestreitet man. Er sei aus freien Stücken vor der Beendigung seines Urlaubs nach Washington gekommen, um vor seiner Rückkehr nach London gewisse Fragen zu behandeln.

Neueste Nachrichten.

Die mit Spannung erwartete Rundgebung des englischen Ministerpräsidenten ist nun erschienen, das Wolffbüreau hat heute nur einen Auszug wiedergegeben, aus dem zu erhellen ist, daß Baldwin die französischen Methoden der Ruhrbesetzung verurteilt, weil sie nur zum Ruin Deutschlands führen, und für England, seine Alliierten und ganz Europa verhängnisvoll sein müßten. Die englische Regierung habe die Ruhrbesetzung nicht gebilligt, weil sie die jetzt eingetretenen Folgen vorausgesehen habe. Die Fortführung der bisherigen Methoden Frankreichs führe zur Katastrophe und zur Gefährdung des Friedens der Welt. England wolle deshalb allein vorgehen, und eine Antwort auf das letzte deutsche Angebot erteilen. Die Antwort solle aber zuerst den Alliierten — und wahrscheinlich auch Amerika — zur Begutachtung zugestellt werden. Dann werden also wohl die Alliierten ihre Äußerungen dazu machen, die Antwort wird darauf hin vielleicht nochmals redigiert, und so fort in infinitum. Ganz besonders betont wird die Notwendigkeit der Beibehaltung der Allianz, die die Hauptsicherung für den europäischen Frieden biete. Wer sich also auf die Illusion einer Loslösung der englischen Politik von der französischen eingestellt hat, der wird wieder einmal ja in die Wirklichkeit zurückgeführt. Es werden nun also wieder Wochen vergehen, bis der Schritt Englands neue politische Momente auswirkt, die aber auch dann noch weit von der Förderung einer Verhandlungsgrundlage entfernt sein dürften, denn Frankreich hat ja freie Hand.

Wie sehen denn auch, daß die Gewalttakte im besetzten Gebiet in derselben, ja noch in verschärfter Art fortgeführt werden, die Vorstöße ins unbesetzte Gebiet nehmen täglich zu, jetzt ist auch Limburg als Garnison besetzt worden.

In Lausanne ist wieder einmal eine Verschärfung der Verhandlungen zu verzeichnen, weil die Türken anscheinend auf möglichst rasche Räumung der Dardanellen dringen, während es den Alliierten natürlich nicht so eilt.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik.

Besetzung von Limburg.

Limburg a. L., 12. Juli. Heute morgen 6 Uhr wurde laut „Nassauer Botte“, Limburg, das seit dem 15. Mai nur für besetzt erklärt war, militärisch besetzt. Die Stadt wurde seitens des französischen Kommandos als französische Garnison erklärt. Die Franzosen haben das Gymnasium als Kaserne eingerichtet und unter Aufsicht die französische Fahne auf dem Gymnasium aufgezogen. Der Schulbetrieb im Gymnasium ruht. Alle Behörden sollen ihre bisherige Tätigkeit weiter ausüben, stehen aber unter französischer Gewalt. Der Post- und Telegraphen- und Fernsprecherkehr ruht zur Zeit. Oberstudienrat Louis, Stellvertreter des Direktors des Gymnasiums, ist von den Franzosen verhaftet worden. In den Bahnbetrieb haben die Franzosen bisher nicht eingegriffen. Die Blockstelle Kohrbach zwischen Limburg und Diez, die vorübergehend besetzt war, wurde wieder freigegeben. Der Zugverkehr wird gegenwärtig noch bis Limburg durchgeführt.

Das „Ergebnis“ der Ruhrbesetzung in einem halben Jahr.

Berlin, 12. Juli. Aus den bisher von deutscher, halbamtlicher Seite veröffentlichten Ergebnissen des Ruhrreinbruchs sei folgendes mitgeteilt: Durch französische und belgische Truppen wurden 93 Deutsche hingerichtet, 9 Deutsche zum Tode verurteilt, Schlageter wurde hingerichtet. Die Gesamthöhe der Freiheitsstrafen beträgt rund 1000 Jahre, im einzelnen 967 Jahre, 7 Monate 23 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit. 2 Personen wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit verurteilt. Die Gesamthöhe der Geldstrafen beträgt 1,64 Billionen Mark und 1 108 069 Franken. Von Haus und Hof vertrieben wurden 75 714 Personen. Im preussischen Einbruchgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Schulklassen für 50 000 Schüler bezw. Schülerinnen beschlagnahmt; der sachliche Erfolg aller französisch-belgischen Verbrechen ist kläglich. In der Zeit vom 11. Januar bis 30. Juni sind für Frankreich und Belgien insgesamt 478 700 Tonnen Kohle und 515 200 Tonnen Koks, zusammen 993 900 Tonnen gefahren worden. Im Monat Dezember 1922 betrug die deutsche Lieferung aus dem Ruhrgebiet 677 425 Tonnen Kohle und 531 310 Tonnen Koks, zusammen 1 208 735 Tonnen. Im Januar 1923 bis zum Ruhrreinbruch (d.

egel Ludwigs
dar lebhaft bei
egcl. mit 100

er, Pferde
nt 40 Stück
1 Farren, 4
der. Bezahlt
innen 11 bis
Stück. — Auf
220 Milch
r Käufer 1,3
bis 2,2 Mill.

n n, Calw.
l. Calw.

tt.

beeren
vor 16. Aug.
eifelbeeren

eln
e verboten.
Gemeinderat.

sau.
ert
1/4 Uhr
enstein.
Uhr

t
t von der
gung

waltung.
ist eine
erruine

S
0. Juli
a.
nllst

ad
hlen
n
steinen
huth,

h. in 10 Tagen) wurden von Deutschland geliefert 214 373 Tonnen Kohle und 195 647 Tonnen Koks, zusammen 410 020 Tonnen. Das ist die knappe Hälfte der in fast 6 Monaten von den Franzosen geraubten Menge Kohlen und Koks.

Was der Versailler Vertrag alles gestattet.

Paris, 12. Juli. Havas dementiert offiziell die Nachricht eines erneuten Vorrückens der französischen Truppen in der Richtung Frankfurt a. M. Die einzige in dieser Richtung vorgenommene Truppenbewegung hätte sich nicht weiter als 300 Meter erstreckt und lediglich den Zweck gehabt, einen Flugplatz in das besetzte Gebiet einzubeziehen, der innerhalb der 30 Kilometerzone des besetzten Gebiets bezw. des Brückenkopfes in Mainz liegt. Es handele sich hier also um eine Maßnahme, die den Bestimmungen des Versailler Vertrags entspreche.

Landesverräter.

Berlin, 12. Juli. Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat folgenden Aufruf an die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung erlassen: Am 10. Juli 1923 sind es über sechs Monate, daß der schwere Kampf um den Bestand des Vaterlandes und um die deutsche Ehre an Rhein und Ruhr begonnen hat. Wie in den ersten Tagen, so stehen auch heute die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung in Treue zum Vaterland. Bis anfangs Juli sind weit über 100 Angehörige der Reichsfinanzverwaltung mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Alle Leiden haben nicht vermocht, den Widerstand zu beugen. Nur wenige haben ihr Vaterland verraten und sind um persönliche Vorteile willen in den Dienst des Feindes getreten. Ihre Namen seien für alle Zeiten festgestellt. Es sind Oberzollamtmann **Sofian Richter**, früher Reichstagsabgeordneter für Gernersheim und Bergzabern, Hauptzollamt Landau-Pfalz, Oberzollsekretär **Puhl**, Hauptzollamt in Kaltenkirchen, Zollsekretär **Michael Schlapp**, Zollamt Zweibrücken, Zollassistent **Karl Wolf** aus Wallhausen, Hauptzollamt Kreuznach, Zollbetriebsassistent **Ludwig Böhm**, Hauptzollamt Kaiserslautern, Zollgrenzangestellter **Möbus**, Wallhausen, Hauptzollamt Kreuznach. Allen anderen aber, denen, die aus der Heimat vertrieben wurden, denen, die in feindlichen Gefängnissen unschuldig zurückgehalten worden sind, denen, die an Ruhr und Rhein in jäher Abwehr treu aushalten, spreche ich erneut den aufrichtigsten Dank des Vaterlandes aus.

Die Vertreter der katholischen Arbeitervereine beim päpstlichen Abgesandten.

Essen, 13. Juli. Monsignore Testa hat gestern drei Vertreter der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands in längerer Audienz empfangen. Die Vertreter überreichten dem päpstlichen Abgesandten ein längeres Schreiben an den Heiligen Vater, in dem sie ihm für seine jüngsten Bemühungen, die Bäter zur Versöhnung zu führen, Dank sagen und gleichzeitig die Bitte aussprechen, daß die Kurie als übernationale Instanz und Wächterin des sittlichen Rechtes auch weiterhin jeden Versuch unternehmen möge, um eine wirkliche Befriedung der Väter herbeizuführen. Die Vertreter, die das Vertrauen ihrer Kollegen besitzen, schilderten aus ihrem Wirkungskreis heraus die seelische und kulturelle Not der katholischen Arbeiterschaft des Westens in der Nachkriegszeit. Msgr. Testa zeigte für die Darlegungen lebhaftes Interesse und stellte den Vertretern in Aussicht, dem Heiligen Vater ausführlich zu berichten.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Berlin, 12. Juli. Aus Essen wird gemeldet: Gestern wurden von dem Kriegsgericht in Werden Bürgermeister Havemann aus Wülfrath zu 5 Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe, der Beigeordnete Steiner aus Wülfrath zu 3 Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe und der stellvertretende Bürgermeister von Gruitenslehn zu 3 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie sich geweigert hatten, Befehle der Franzosen auszuführen.

Kaiserslautern, 12. Juli. Da die Oberpostdirektion der Pfalz, die jetzt ihren Sitz in Heidelberg hat, den Beamten der Oberpostdirektion, die jetzt noch in Speyer tätig sind, verboten hat, französische Diensttelegramme an die verschiedenen Behörden zu befördern, hat der Oberdelegierte der inkontrollierten Delegation folgende Bestimmungen getroffen: 1) Sofortige Strafmaßnahmen sind gegen die in Speyer verbliebenen Beamten der Oberpostdirektion zu ergreifen, 2) jeder Post-Telegraphenverkehr, auch für die Regierung der Pfalz, hat auf 8 Tage zu unterbleiben. Diese Frist kann verlängert werden.

Münster, 12. Juli. Heute früh gegen 7 Uhr unternahmen die Franzosen mit einer Offizierspatrouille in das unbefetzte Gebiet bis zum Bahnhof Wiede-Asseln, wo in diesem Augenblick der Personenzug aus Soest eingetroffen war. Ein Telegraphenmeister, der von den Franzosen bereits früher aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden war, und den sie für einen höheren Beamten der Eisenbahndirektion hielten, wurde angehalten und erst, nachdem er sich ausgewiesen hatte, wieder entlassen. Gegen halb 9 Uhr rückten die Franzosen wieder nach Dortmund ab.

Paris, 12. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat der Delegierte der Rheinlandkommission in Neuwied gestern 420 Millionen Mark beschlagnahmten lassen, die aus der Ruhrhilfe stammen sollen und angeblich für die Arbeiter einer Fabrik bestimmt waren.

Berlin, 13. Juli. Wie die Blätter aus dem Ruhrgebiet melden, mehren sich die Vorstöße französischer und belgischer Truppen in das unbefetzte Gebiet von Tag zu Tag. In die Ortschaft Westen drangen etwa 20 Franzosen ein, um angeblich von Reichsfeind hinübergeschmuggelte Waren zu beschlagnahmen. Der leitende französische Kapitän feuerte

mehrere Schüsse auf die Zivilbevölkerung ab. Zum Glück wurde niemand verletzt. Durch die Errichtung weiterer Schießplätze für die französischen Truppen wird die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung des Ruhrgebiets immer weiter eingeschränkt. In Essen, Dortmund und anderen Städten sind täglich zahlreiche Gärten und Spielplätze in weitem Umkreise abgesperrt, weil die Franzosen dort Schießübungen abhalten. Infolge der immer mehr zunehmenden Besetzung von Reichsbankstellen und der Wegnahme des dort lagernden Geldes macht sich im Ruhrgebiet eine große Geldmangelknappheit bemerkbar, die bereits große Schwierigkeiten in der Lohnzahlung verursacht.

Zur auswärtigen Lage.

Erneute Zuspitzung der Verhandlungen in Lausanne.

Lausanne, 12. Juli. Die bereits gestern verzeichneten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten und den Türken über die Räumung der Dardanellen durch die alliierten Kriegsschiffe und in der Konzeptionsfrage führten in der heutigen offiziellen Sitzung zu einer neuen Verschärfung der Lage. Die Alliierten brachen schließlich die Sitzung ab, ohne eine neue Zusammenkunft einzuberufen, und erklärten, daß der türkische Widerstand in der Konzeptionsfrage im Widerspruch stehe zu den am Sonntag getroffenen Vereinbarungen und daß, wenn ihre Haltung sich nicht ändere, damit auch alle anderen Abmachungen über die Kuponsfrage und die Räumung Konstantinopels, d. h. die gesamte grundsätzliche Einigung vom Sonntag, hinfällig seien. Die Alliierten werden von neuem an ihre Regierungen berichten. — Diese neue Wendung rief begreiflicherweise beträchtliche Aufregung hervor. Ein vollständiges Bild der Lage ist jedoch noch nicht zu erhalten, da bisher nur alliierte Mitteilungen über die Sitzung vorliegen und die türkische Delegation sich erst später äußern wird.

Lausanne, 13. Juli. Auch in türkischen Kreisen werden die Vorgänge in der gestrigen Sitzung als ernst bezeichnet. Man erklärt aber, daß es sich nur um eine scharfe Krise in Einzelfragen, jedoch nicht um eine wirklich gefährliche Krise der Konferenz handele. Es sei unzutreffend, daß die Türkei in der gestrigen Sitzung irgendwelche früher getroffenen Abmachungen in der Konzeptionsfrage wieder rückgängig gemacht habe.

Polnische Spionage in der Tschechoslowakei.

Berlin, 12. Juli. Einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Prag zufolge fand in Brünn ein Prozeß gegen fünf Spione statt, die der polnischen Spionagezentrale in polnisch-Tschechien die Geheimverordnungen der tschechischen Militärbehörden und die Mobilisationspläne für die Eisenbahnen ausgeliefert hatten. Die Angeklagten wurden zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Der Prozeß ergab, daß eine weit verzweigte polnische Spionage in der Tschechoslowakei organisiert war. — Das scheinen sonderbare Freundschaftsbeziehungen zu sein, die in Paris wenig Freude auslösen werden.

Deutschland.

Der Nationalfeiertag in Preußen.

Berlin, 12. Juli. Das preußische Staatsministerium hat, lt. Preußischem Pressedienst, beschlossen, den 11. August, den Verfassungstag, als Nationalfeiertag des deutschen Volkes, würdig zu begehen. Die Feier soll mit einem Rhein- und Ruhrtag verbunden werden, um den Gefühlen der Geschlossenheit Deutschlands, des Dankes an die leidenden Mitbürger und des festen Entschlusses der Erhaltung von Rhein und Ruhr für unser Vaterland im Zusammenhang mit dem allgemeinen Bekenntnis zum Staat und seiner Verfassung Ausdruck zu geben.

Aufhebung des Fernsprechs- und Telegraphengeheimnisses in Bayern zur Bekämpfung des Wuchers.

München, 12. Juli. Der bayerische Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, wonach die Regierung eine Verordnung erlassen soll, durch die das Fernsprechs- und Telegraphengeheimnis zur Bekämpfung des Wuchers- und Schiebertums vorübergehend außer Kraft gesetzt wird.

Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über wertbeständige Löhne.

Berlin, 12. Juli. Heute nachmittag haben im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs über die Frage der Erhaltung des Lohnwertes stattgefunden. Nach eingehender Aussprache wurde eine Kommission zur Ausarbeitung gemeinsamer Richtlinien gebildet, die die Arbeit sofort aufnehmen wird.

Goldgebühren für den Aufenthalt von Ausländern.

Berlin, 13. Juli. Zu den im Ausland verbreiteten Gerüchten, daß in Deutschland jetzt Goldgebühren für den Aufenthalt zu zahlen sind, erzählt die „Bosnische Zeitung“, daß Vereinbarungen der Reichsregierung mit den einzelnen Ländern getroffen worden sind, wonach Goldgebühren bei einem Ergänzungsvermerk zum Sichtvermerk für den Paß erhoben werden können. Preußen hat jedoch bereits erklärt, daß es auf diese Gebühr verzichte, desgleichen die Hansstädte Hamburg, Bremen und Lübeck.

Raubmord.

Berlin, 12. Juli. Heute vormittag wurde auf dem Lagerplatz des Almetallhändlers Förster die 35jährige Ehefrau Förster als Leiche unter Säcken verpackt aufgefunden. Der Täter, der Platzmeister Levisohn, hatte mit einem Beil der Frau den Kopf gespalten. Nach der Tat versuchte Levisohn, in der Försterschen Wohnung das Dienstmädchen zu erwürgen und raubte dann die vorhandenen Gelder und sonstige Wertgegenstände. Levisohn wurde auf dem Lagerplatz festgenommen, wohin er sich unter einem un-

widerstehlichen Drang oder vielleicht in der Annahme, daß auch das Dienstmädchen tot sei und nichts mehr ausfragen könne, zurückbegeben hatte.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. Juli 1923.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand gestern nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Von den noch im Besitz der Stadt befindlichen 600 Ztr. Getreide sind 200 Ztr. gemahlen worden, woraus sich 98,6 Ztr. Weizenmehl, 63,7 Ztr. Brotmehl und 28 Ztr. Kleie ergeben haben. Davon sollen auf den Kopf der Bevölkerung 1 1/2 Pfund Weizenmehl zu 5000 M und 1 Pfund Brotmehl zu 3800 M verteilt werden. Die Kleie zu 1000 M das Fund soll diesmal den hiesigen Kleintierhaltern (Ziegen-, Kaninchen- und Geflügelhalter) zufallen, während sie das nächste Mal den Großviehhaltern zugewiesen werden soll. Da die Minderbemittelten vor einiger Zeit schon Lebensmittel zu billigen Preisen erhalten haben, so erhalten sie hier keine weitere Preisermäßigung. — Beim letzten Stammholzverkauf wurden 250,7 Festmeter mit einem Anschlag von 5,283 Millionen um 435 344 439 M, das sind 8240 Prozent der Forstlage, verkauft. Für die Laubholzstammhölzer wurden 17 335 000 M, d. h. 5065 Proz. der Forstlage, für Nadelstämme 35 021 000 M, d. h. 3513 Proz. Erlöst. Der Antrag von G.R. Stüber, bei der nächsten Versteigerung von Laubholz, das ja nur in geringen Mengen im städtischen Wald vorhanden sei, auch die hiesigen Handwerker zu berücksichtigen, soll beachtet werden. Bei der letzten Versteigerung haben nach der Mitteilung des vorgenannten Redners auswärtige Holzhändler so stark gesteigert, daß es den hiesigen Handwerkern unmöglich gewesen sei, etwas zu erwerben. — Ab 1. Juli werden die Fleischbeschaugebühren auf das 750fache der Grundgebühren erhöht, ebenso die Leichenschaugebühren. — Das Oberamt legt ein Schreiben der Zentralstelle für die Landwirtschaft vor, daß diese damit einverstanden sei, daß das Amtszimmer und die Wohnung von Studiendirektor Dr. Knodel auch nach Erstellung des Mittelbaus des Realprogymnasiums benützt werde, und zwar solange, als Dr. Knodel noch im Amt sei. Das Kollegium widersprach dieser Auffassung, die als nicht annehmbar bezeichnet wurde, da, wie G.R. Sannwald unter Zustimmung der Mitglieder erklärte, bei dem billigen Verkaufspreis für das alte Schulgebäude gerade der Umstand mitgesprochen habe, daß man die Rektoratswohnung und das Amtszimmer wenigstens noch auf 8 Jahre mietaufweise benützen könne. In diesem Sinne und Wortlaut sei auch der Vertrag abgeschlossen worden. — Die Frage der Geldbeschaffung für den Schulhausneubau und sonstige notwendige Ausgaben nimmt zur Zeit die Stadtverwaltung erheblich in Anspruch. Von der Oberamtsparlasse sind in letzter Zeit 150 und 100 Millionen und auf kürzere Frist 250 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Zu dem Vorschlag des Bezirksrats, auf 20. Juli 200 Millionen der Stadt von Seiten der Amtskörperschaft als Abschlagszahlung auf ihren Bauzuschuß zur Verfügung zu stellen, soll erst nach den eingeleiteten Verhandlungen mit der Festwertbank in Stuttgart Stellung genommen werden, die eventuell ein wertbeständiges Darlehen von 3 Milliarden gewähren würde. — Die Befuhr von Holz aus dem Staatswald wurde an Mehgermeister Ziegler vergeben und zwar um 40 000 M für den Festmeter. Da es sich größtenteils um erhebliche Entfernungen handelt, so wurde der Preis als angemessen bezeichnet. — Der Reichsausschuß zur besseren Milchversorgung der Kinder hat auch dieses Jahr Mittel zur Verfügung gestellt; die Stadt Calw hat 510 488 M erhalten. — Angenommen wurde der Antrag der Gaswerksverwaltung, den Kokspreis in einem gewissen Verhältnis zum jeweiligen Kohlenpreis festzusetzen, und zwar den Grob- und Brechkoks auf das 1/2fache des Zechenpreises für Gasförderkohlen, den Bohnenkoks 10 Proz. billiger. Bei Auslandskohlen müßte der Preis natürlich ebenfalls berücksichtigt werden. — Vom Landesamt für Arbeitsvermittlung wurden als Lohnbeiträge zu den Notstandsarbeiten im Kapellenberggebiet 5 279 760 M übermittelt. Der Vorkühende teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß zur Zeit wöchentlich 17 Millionen an Notstandslöhnen von der Stadt ausbezahlt werden.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Die Luftdruckverteilung ist immer noch unverändert. Am Samstag und Sonntag ist neben vereinzelten Gewittern trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Gehingen, 13. Juli. Letzten Sonntag vormittag 7 Uhr ist die Kraftfahrspitze der Amtskörperschaft, von Stammheim kommend hier eingetroffen, um sich über die örtlichen Wasserverhältnisse und sonstige Verwendungsmöglichkeit zu orientieren. Die hiesige freiwillige Feuerwehr hielt zur gleichen Zeit eine Übung ab, in welche die Kraftfahrspitze als Verstärkung eingriff. Die das Brandobjekt darstellende Aufgabe wurde einwandfrei gelöst. Ueber die Leistungsfähigkeit der Spitze war man allgemein erstaunt. Zum Schluß hielt Herr Oberamtsbaumeister Kiderer an die Feuerwehr eine Ansprache, in welcher er über die Ausrüstung und Verwendung der Kraftfahrspitze Aufklärung gab und auch an den kameradschaftlichen Geist der Feuerwehr appellierte. Feuerwehrkommandant Gehring erwiderte und dankte ebenso in kameradschaftlicher Weise. Daraufhin ist die Kraftfahrspitze zum gleichen Zweck nach Oßelsheim weitergefahren.

(SCH) Rißlegg, 12. Juli. Aus Berlin kommt die Nachricht, daß Fräulein Julie Ermler, gebürtig von Rißlegg, zum Oberregierungsrat am preußischen Kultusministerium, wo sie seit einiger Zeit tätig ist, ernannt wurde. Die gelehrte Dame, die, aus dem Schulfach hervorgegangen, auf dem Gebiete des Schulwesens durch und durch bewandert ist und schon lange mit seltener Gewandtheit und Uner-

Annahme, daß auch ...

nd.

3. Juli 1923.

Göhner fam ...

Körperschaft für die Erhaltung der christlichen Schule in die Schranken tritt (früher in Düsseldorf in des dortigen Schulkämpfen eine führende Rolle spielte), wird in ihrer jetzigen Stellung Gelegenheit haben, das Prinzip der christlichen und konfessionellen Schule zu vertreten.

(SGB) Gmünd, 12. Juli. In einem Kornacker hinter Großdienbach wurde der 50 Jahre alte Bauer und Farnenhalter Jakob W. von dort erschossen aufgefunden. In seinem Vieh- und Farnenstall herrscht seit einiger Zeit die Maul- und Klauenseuche. Letzten Sonntag ist eine wertvolle Kuh an der Seuche verendet. Nach Angabe der Familie hat er den Verlust zu schwer genommen. Er hat sich mit der Angabe von Hause entfernt, er gehe zum Mähen, und hat dann Hand an sich gelegt.

(SGB) Crailsheim, 12. Juli. Die Ehefrau des Stadtkirchens Seibold hier, die während der Erntearbeit bei Gutsbesitzer Kühle behilflich war, fiel in dessen Scheune vom Garbenloch in die Tenne und erlitt so schwere äußere und innere Verletzungen, daß sie an den Folgen im Bezirkskrankenhaus gestorben ist.

(SGB) Bom Bodensee, 12. Juli. Nach einem Streit mit seinem Vater legte der schwachmünnige Sohn des Landwirts Friedrich Lang in Wieladingen Feuer an einen Heuwagen. Die Flammen schlugen auf das Haus über und stekten auch die Häuser des Landwirts Gerpach und der Witwe Albiez in Brand. Da männliche Hilfe mangelte, konnte bei allen drei Hausinhabern fast nichts gerettet werden. So sind dem Landwirt Lang acht Stück Vieh mitverbrannt. Die Geschädigten sind außerdem so schlecht versichert, daß der Schaden sehr groß ist.

Landtag.

Änderung des Wohnungsabgabegesetzes.

(SGB) Stuttgart, 11. Juli. Aller Anfang ist schwer, auch der mit so vielen guten Vorschlägen geplante frühere Beginn der Sitzungen schon um 8 Uhr. Außer dem Präsidenten und seinem Stab waren um 8 1/2 Uhr nur ein paar Abgeordnete im Saal, so daß die Sitzung erst um 8 25 Uhr eröffnet werden konnte. Am Ministertisch: Justizminister Beyerle. Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Forststrafgesetzes wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen. Der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wird nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Scheef (Dem.) an den Ausschuß verwiesen. Zum Entwurf einer dritten Änderung des Wohnungsabgabegesetzes, in der Beratung verbunden mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus im Rechnungsjahr 1923 berichtet namens des Volkswirtschaftlichen Ausschusses Abg. Möhler (Ztr.) über die bekannten Anträge, besonders über den Abänderungsantrag, die Abgabebefreiung für den Staat und für die Gemeinden mit je 360, statt der vom Entwurf vorgeschlagenen 360 bzw. 150 Prozent, gleichzusetzen. Die Abgaben werden erhoben von den im Gebäubekataster für Staat und Gemeinden aufgenommenen Gebäuden nach dem für die Gebäudesteuer festgesetzten Kapitalwert (Steueranschlag). Die Gemeinden werden verpflichtet, Zuschläge zu der staatlichen Abgabe zu erheben, die für jedes ganze oder geteilte Rechnungsjahr durch besonderes Gesetz bestimmt werden. Abg. Heymann (Soz.) rechtfertigt seine Partei gegen den Vorwurf einer fortgesetzten steigenden Belastung der Mieter mit der Notwendigkeit der Beschaffung von neuen Wohnungen, um für Gesundheit und Zufriedenheit des Volkes zu sorgen, und empfiehlt die Annahme der Ausschuß-Entscheidung, bei der Reichsregierung erneut und mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß diejenigen Neubauten, die vor dem 1. Oktober 1922 bezogen wurden, zur Wohnungsabgabe herangezogen werden. Redner empfiehlt seinen vom Ausschuß angenommenen Antrag, Gewerbetreibende zu

zwingen, für jeden dritten der von ihnen nach dem 1. April 1923 gegen früher mehr beschäftigten Arbeitnehmer eine Wohneinheit von 3 Zimmern und den entsprechenden Nebenräumen zur Verfügung der Gemeinde zu erstellen oder einen entsprechenden Baukostenbeitrag als Zuschlag zur Wohnungsabgabe an die Gemeinde zu entrichten, wenn der den gewerblichen Zwecken dienende Raum (Fabriken, Banken usw.) nach dem 1. April 1923 neu erbaut worden ist. Besonders eindringlich empfiehlt der Redner die Wohnhaussteuer für Inhaber solcher Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner oder zur Zweckbestimmung der Räume als übergroß anzusehen sind. — Abg. W. i. d. r. (B.B.) lehnt die Entwürfe ab, weil seine Fraktion darin eine Zwangswirtschaft erblickt, die sie von jeher grundsätzlich verworfen habe. Die Wohnungsabgabe ist eine Vorbelastung des genannten Gewerbes, indem die Berufsräume herangezogen werden zugunsten der Wohnräume. Die städtischen Mietwohnungen rentieren nicht einmal mit 1/2 Proz. und müssen mit mindestens 10 Proz. verzinst werden. Die Last tragen Gewerbetreibende und Hausbesitzer als Steuerzahler. Die Zwangswirtschaft muß immer neue Gesetze und Abgaben dieser Art bringen. Wir stimmen für die Freiheit des Wohnwesens und gegen den Zwang. Wer bewußt den Rentengedanken bekämpft, wird niemals Zinshäuser, d. h. Rentenhäuser in genügender Anzahl erbauen können. Die Wohnungsnot wird durch das Gesetz nicht behoben. Wir beantragen zu Art. 1 folgenden Zusatz: Ausgenommen sind die Eigentümer von Gebäuden und Gebäudeteilen, die ausschließlich zu landw. und gewerbli. Zwecken bestimmt sind und einen Steueranschlag von 50 000 Mark nicht überschreiten; ferner daß die Abgabebefreiungen, die sich aus der Befreiung landw. Gebäude oder Gebäudeteile ergeben, in erster Linie für landw. Wohnungsbauten verwendet werden. Eingekauft sind 3 Zentrumsanträge betr. Schutz des Staates vor der Geldentwertung, ferner zum Schutze des Kleingewerbes vor der Industrieauflage, schließlich dahingehend, daß für die mit Hilfe öffentlicher Mittel erstellten Bauten nicht nur dem Staat oder der Gemeinde, sondern auch einer öffentlich-rechtlichen oder gemeinnützigen Gesellschaft ein Wieder- oder Vorkaufrecht dinglich gewahrt bleibt. Abg. B. o. d. (Z.): Wir sind an die Reichsgesetzgebung gebunden und können deshalb den Anträgen der Bürgerpartei nicht beistimmen, die sich grundsätzlich gegen diese Gesetzgebung stellen. Jetzt müssen wir eben den Wohnungsbau mit allen Mitteln fördern und auf dem einmal eingeschlagenen Weg fortschreiten. Es ist überhaupt fraglich, ob wir heute bei einem freien System mehr Wohnungen hätten. Aber selbstverständlich müssen wir danach trachten, das System der Zwangswirtschaft allmählich abzubauen, denn sie bedeutet eine Art Sozialisierung der Gebäude, während die grundsätzlich den Standpunkt des Privateigentums vertreten. Die Wohnungsabgabe erstreckt sich laut Reichsgesetz auf alle Gebäude, ob sie Wohnzwecken dienen oder nicht. Das müssen wir ertragen aus Solidarität, mit Rücksicht auf die Not der Zeit, wenn es auch manchen hart trifft. Andererseits sind die soz. Klagen über die Höhe der von den Mietern zu tragenden Zuschläge unberechtigt. Redner begründet die drei Zentrumsanträge als Damm gegen die Spekulation und begrüßt die Heranziehung der Gewerbetreibenden zum Wohnungsbau bei Vergrößerung ihrer Betriebe unter Schonung der Kleingewerbetreibenden. Abg. Schneid (Komm.) beklagt die Erfolglosigkeit der bisherigen Methoden für die Wohnungsbeschaffung. Der Gesundheitszustand des Volkes leidet unter dem kapitalistischen System. Der Staat sollte die Milliarden, die jetzt der Metallarbeiter-Riesenprozeß in Stuttgart verschlingt, zu Wohnungsbauten verwenden. Unser Vertrauen zur Regierung ist keinen Papierfennig wert. Wir lehnen diese ganze Gesetzgebung ab; ohne einen herzhaften Eingriff in das Privateigentum gibt es keine Hilfe. Eingekauft ist ein eigener Abänderungsantrag zum Antrag Bazille und Genossen, die Schonungsgrenze von 50 000 auf 30 000 Mark herabzusetzen. Abg. Scheef (D.D.B.) wendet sich gegen die bürgerparteilichen Anträge, als ob damit dem Mittelstand geholfen wäre. Die Aufhebung des

Mieterschutzes würde zwar volle Freiheit schaffen für den Hausbesitzer, auch für den reichen Mieter, aber den Untergang der Kleinrentner und aller Minderbemittelten bedeuten. Auch wir wollen diese Zwangswirtschaft planmäßig abbauen, aber ohne Erschütterung des ganzen Volkes. Auch das zahlreiche Gewerbe, das keine eigenen Häuser besitzt, muß geschützt werden. Die komm. Angriffe auf die Wohnungsbehörden sind ungerechtfertigt. Die Amtskörperschaften und Gemeinden sollten sich nicht immer hinter den Staat stellen, sondern eigene Initiative im Wohnungsbau entwickeln. Von einer Vorbelastung der Haus- und Grundbesitzer kann keine Rede sein. Die Industrie arbeitet mit dem jetzigen System leichter als bei der freien Wirtschaft der Weltmarktpreise. Merkwürdigerweise herrscht auch im Ausland, selbst in neutralen Ländern, Wohnungsnot. Es wagt eben auch dort niemand zu bauen, obgleich dort volle Freiheit herrscht. Wie soll dann bei uns die freie Wirtschaft helfen? Wir sehen es ja an den Vieh- und Fleischpreisen usw. Als Zusatz zu dem bürgerparteilichen Antrag schlage ich vor, daß die Abgabebefreiungen, die sich aus der Befreiung landw. Gebäude ergeben, in erster Linie für Wohnungsbauten überhaupt, nicht bloß für landwirtschaftl. Wohnungsbauten zu verwenden sind. Abg. B. i. d. e. s. (D.B.) weist auf die zu große Belastung hin. In den Kreisen der Architekten wird geklagt, daß die staatlichen Baubehörden sich ständig vergrößern und dem freien Beruf keine Staatsbauten mehr zuweisen. Die Anträge Heymann lehnen wir ab, auch die weitgehenden Anträge der Bürgerpartei, soweit sie unmittelbare Aufhebung der Zwangswirtschaft fordern. Dem Scheef'schen Antrag auf planmäßigen Abbau stimmen wir zu. Den Zentrumsanträgen geben wir ebenfalls unsere Stimme. Minister des Innern B. o. l. z.: Auch die Anhänger der freien Wirtschaft werden zugeben, daß man von der Zwangswirtschaft nicht mit einem Schlag zum Gegenteil übergehen kann. Seit 1920/21 sind etwa 25 000 neue Wohnungen mit Beihilfe erstellt worden. Die bürgerparteilichen Anträge stehen im Widerspruch zur Reichsgesetzgebung. Auch der auf 30 000 Mark ermäßigte Antrag geht zu weit; er würde eine fast völlige Befreiung von der Abgabe bedeuten. Wir suchen den Wohnungsbau ganz allgemein zu fördern und machen dabei keinen Unterschied zwischen Stadt und Land. Die Ausdehnung der Wohnungsabgabe auch auf die später gebauten Gebäude ist auch mein Wunsch, aber das Reich teilt nicht unseren Standpunkt. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Heymann (Soz.), der nicht mit einem planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft einverstanden ist, und W. i. d. r. (B.B.), der sich dagegen verwahrt, seine Partei wolle planlos abbauen, sowie B. o. d. (Ztr.), der sich gegen die Entschleunigung zugunsten einer Bevorzugung landw. Wohnungsbauten wendet, wird die Änderung des Wohnungsabgabegesetzes und das Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaus unter Ablehnung der Gleichstellung der Säge auf 360 Prozent in zweiter Lesung angenommen und die dritte Beratung auf Donnerstag vorm. 8 Uhr verlagert. Außerdem stehen auf der Tagesordnung 1. und 2. Beratung des Gemeindesteuergesetzes und der Landessteuerordnung sowie Aufteilung des Oberamts Cannstatt. Schluß 1/2 2 Uhr.

Kleine Anfrage.

(SGB) Stuttgart, 12. Juli. Die Abg. Frau Klara Klotz (B.D.) hat im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht: Das Gesetz betr. die Gemeindeangehörigkeit vom 13. Juni 1885 beschränkt die Teilnehmer an den persönlichen Gemeindefestungen auf die männlichen Bürger und ihre Witwen. Dadurch entstehen für die unverheirateten Frauen Härten, die gerade in der heutigen Zeit schwer empfunden werden. Ist die Regierung bereit, eine Änderung des Gemeindeangehörigkeitgesetzes vorzuschlagen, nach der die weiblichen Bürger unter denselben Voraussetzungen wie die männlichen Bürger berechtigt werden, an den Gemeindefestungen teilzunehmen.

103) Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.
„O, glaubst du, Dina, daß man die Liebe auszieht wie ein Kleid?“ fragte die Herzogin bitter, „daß man sich vornehmen kann, etwa als wolle man einen Spaziergang machen: von heute ab wird nicht mehr geliebt — Punktum!? So ist das Herz nicht beschaffen.“
Klaudine schwieg. „Ich werde mich nie verheiraten,“ sagte sie dann leise und bestimmt, „wenn nicht beider Herzen sich einander zuweigen, nie! Verzeihe, Elisabeth, ich darf dir keine trügerischen Versprechungen machen. Verfüge über alles, alles! Ueber mein Leben, wenn es sein muß, nur verlange das nicht!“
Die Herzogin blickte mit weinenden Augen an Claudine vorüber. Ein Weisches blieb es ganz still im Gemach.
„Armer Mann! Ich hatte es mir so schön gedacht für dich,“ sagte sie dann mehr zu sich selbst. „Es soll nicht sein!“ Und etwas lauter: „Welche Verwirrung — du liebst Lothar, und er arme kleine Prinzessin!“
„Elisabeth!“ schrie Claudine auf und ihre erblaßten Lippen zitterten. „Ich will ja sein Glück nicht hindern — was denkst du von mir? Nie! Nie! Erweise mir eine Lieb,“ fuhr sie hastig fort, gib ihm in meinem Namen seine Freiheit zurück — ich weiß, du sprichst mit ihm über diesen Punkt.“
„Morgen,“ sagte die Herzogin.
„So gib ihm das!“ Sie zog festig den Brautring von ihrem Finger. „Hier ist das Glück der Prinzessin, nimm es und — laß mich meine eigenen Wege gehen, allein, fern von allem, was mich an ihn erinnert!“
Sie sprang empor und ging zur Tür hinüber.
„Klaudine,“ bat die Herzogin mit ihrer schwachen Stimme, und ihre kranken Hände umschlossen den Ring, „Dina, geh nicht so von mir! Wer ist die Aermere von uns beiden? Hilf mir lieber, daß noch etwas Segen aus all dem werde.“

Klaudine kam zurück. „Was soll ich noch tun?“ fragte sie geduldig.
Die Herzogin bat um Wasser. Dann hieß sie Claudine ein Kästchen bringen, öffnete dieses und reichte dem Mädchen ein Stück Papier.
„Es ist ein Verzeichnis der kleinen Andenken, die ich nach meinem Tode verteilt wissen will. Bewahre es — es ist eine Abschrift, das Original hat der Herzog.“
„Du sollst dich nicht so entsehtlich aufregen, Elisabeth.“
„O, ich werde ruhiger sein, wenn alles geordnet ist, Dina. Lies noch einmal laut, ob ich auch nichts veräuerte. Es soll niemand sagen: Sie vergaß mich!“
Mit bebender Stimme las Claudine. Zuweilen machte ein Tränenflor ihren Augen die Schrift unleserlich; es war alles so zart ausgewählt, es zeugte jedes einzelne von einem so innigen tiefen Gemüt.
„Meiner lieben Claudine gehöre der Schleier aus Brüsseler Spitzen, den ich getragen als Braut —“
Eine flammende Röte schlug über des Mädchens vergrämtes Gesicht — sie wußte, was die Herzogin meinte.
„Nimm es zurück, nimm es zurück!“ schluchzte sie und kniete am Bette nieder.
„O wie schlimm! O wie schlimm!“ sagte die Herzogin, „du und er — unglücklich. Ihr, meine beiden liebsten Menschen!“
Klaudine küßte die heißen Hände der Kranken und eilte hinaus; der Schmerz tobte zu heftig in ihr. Im Wintergarten unter den Magnolien und Palmen weinte sie sich aus; das leise Geplätscher des Springbrunnens zu ihren Füßen beschwichtigte ihre wilde Verzweiflung; sie war nach einigen Minuten so weit gefaßt, daß sie ruhig „Gute Nacht!“ wünschen konnte. Als sie durch die seidenen Vorhänge hinüberspähte zu dem Bette, lag die Kranke anscheinend im Schummer, einen gramvollen Zug um den Mund.

Im Vorzimmer traf Claudine den alten Medizinalrat, er begrüßte sie freundlich.
„Ist es denn wirklich so nahe, das Ende?“ fragte das erschütterte Mädchen.
Er reichte ihr zutraulich die Hand. „Solange noch Atem ist, gnädiges Fräulein, ist auch Hoffnung. Aber nach menschlichem Ermessen — Hoho! wird auslöchen wie ein Licht, wird vor Erschöpfung einschlafen eines Tages.“
Klaudine deutete unwillkürlich nach ihrem Arme — „Herr Rat?“
„Ach, gnädiges Fräulein,“ sagte der alte Mann gerührt, „das hilft nicht mehr. Hier ist's vorbei, hier!“ Und er deutete auf die Brust. „Ich will noch zum Herzog, um Nachricht zu bringen von dem Befinden Ihrer Hoheit,“ sprach er leise, indem er neben der jungen Dame den Flur entlang ging. „Seine Hoheit hat übrigens gleich eine sehr unerfreuliche Ueberraschung hier vorgefunden. Sie wissen doch schon? Palmer ist verschwunden und hat eine große Anordnung hinterlassen.“
„Nach Frankfurt fuhr er die vergangene Nacht,“ sagte Claudine betroffen, „er wollte vermutlich den Herrschaften entgegenreisen; ich sah ihn auf dem Bahnhof in Wehrburg.“
„Dieser Schuft,“ murmelte der alte Herr, „er ist längst jenseit der Grenze. Entgegengefahren? Wer hat Ihnen das vorgefabelt, gnädiges Fräulein?“
„Ich hörte, wie er zu Frau von Berg davon sprach.“ Und Claudine stand still; das ganze merkwürdige Erlebnis wurde ihr plötzlich klar.
„Die passen für einander,“ lachte der Arzt; „ich will's aber doch beiläufig Seiner Hoheit erzählen. Da werden wir morgen die Nachricht erhalten, daß auch die Gnädige verreist ist, mit Hinterlassung von allerhand merkwürdigen Sachen. Man soll nicht schadenfroh sein, aber Ihrer Durchlaucht gönnte ich es; sie hat auf eine wunderbare Art die Dame beschützt. Gute Nacht, gnädiges Fräulein!“ (Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern 187 468 M., der Schweizer Franken 32 681 M.

Keine Erhöhung des Reichsbankdiskonts.

Berlin, 11. Juli. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, hat das Reichsbankdirektorium auf Anraten des Zentralausschusses von einer Diskonterhöhung Abstand genommen. Eine Abstimmung des Zentralausschusses ergab, daß alle Mitglieder mit Ausnahme einer einzigen Stimme gegen die Diskonterhöhungen waren. Das Reichsbankdirektorium trat darauf zu einer Besprechung zusammen und beschloß, sich der beratenden Stimme des Zentralausschusses zu fügen und von einer Erhöhung Abstand zu nehmen.

Märkte.

(SW) Stuttgart, 12. Juli. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 106 Ochsen, 42 Bullen, 510 Jungbullen, 295 Jungrinder, 310 Kühe, 354 Kälber, 578 Schweine, 32 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht (in Tausenden von Mark): Ochsen 1. 19-21 (18-21), 2. 15,5-17,5 (16 bis 17,5), Bullen 1. 18,5 bis 20 (18,5 bis 19,5), 2. 16 bis 18 (17 bis 18), Jungrinder 1. 20 bis 22 (19 bis 21), 2. 17,7 bis 18,5 (17 bis 18,8), 3. 14 bis 16 (15 bis 16), Kühe 1. 16 bis 18 (unv.), 2. 12 bis 15 (13 bis 15), 3. 9,5 bis 11 (10 bis 12), Kälber 1. 26 bis 27 (22 bis 32), 2.

Es bricht der freche Uebermut
Der Tyrannei zusammen;
Es soll der Freiheit heilige Blut
In allen Herzen flammen.

Theodor Körner.

Spendet zum Deutschen Volksoffer!

Sammelstellen in Calw: Calwer Tagblatt, Lederstraße; Kaufmann Dreiß und Kaufmann Künzle, Marktplatz; Kaufmann Serva, Lederstraße; Oberamtspflege Calw; sowie Kassenstelle der Vereinigten Deckfabriken.

23 bis 25 (20 bis 21), 3. 21 bis 22,3 (19 bis 20), Schweine 1. 28 bis 29 (26 bis 27), 2. 26 bis 27 (25 bis 26), 3. 22 bis 25 (21 bis 24). Verkauf des Marktes: bei Kälbern und Schweinen lebhaft, bei Großvieh mäßig.

(SW) Weiskirchen, 12. Juli. Der Schranne wurden zugeführt: 499 Kilo Weizen, 150 Kilo Roggen, 761 Kilo Gerste und 221 Kilo Haber. Verkauft wurde alles. Erlös für Weizen 800 000 bis 1,1 Mill., Roggen 840 000, Gerste 560-880 000, Haber 600 000 M., je der Doppelzentner.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gottesdienste.

7. Sonntag n. Dr., 15. Juli 1923. Vom Turm: 26. 8 Uhr: Frühgottesdienst in der Kirche und 10 Uhr: Gottesdienst im Vereinshaus, Stadtpf. Lang. Eingangslied Nr. 418 „Bei dir, Jesu“; 11 Uhr: Sonntagschule; 1 Uhr: Christenlehre (Söhne jüngere Abt.), Vereinshaus; 5 Uhr: Aufführung des „Requiem“ durch den Kirchengesangsverein.

Donnerstag, 19. Juli, 8 Uhr vorm.: Gottesdienst zur Eröffnung des Bezirkskirchentags: Predigt, Pfarrer Gutbrod-Breitenberg.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, 15. Juli, 8 Uhr: Frühmesse; 10 Uhr: Predigt und Amt; 2 Uhr: Andacht.

Montag, 16. Juli, 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell.

Mittwoch, 18. Juli, 9 Uhr: Gottesdienst in Bad Teinach.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, 15. Juli, 10 Uhr: Predigt, Prediger Kuder; 11 Uhr: Sonntagschule; 8 Uhr: Predigt, Pfleger.

Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Bibelstunde, Barth.

Stammheim, 10 Uhr: Gottesdienst, 1/2 2 Uhr: Predigt, Prediger Kuder.

Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Bibelstunde, Bleher.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der U. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Weilberstadt.
Am Montag, den 16. Juli 1923
Vieh-, Pferde- u. Schweine-Markt.



Ursprungszeugnisse nicht erforderlich. Für Händler-Vieh und -Schweine sind tierärztliche Gesundheitszeugnisse vorgeschrieben. Vieh aus verzeigten Gebieten darf nicht zugeführt werden. Personen aus Sperrgebieten dürfen den Markt nicht besuchen.
Zum Besuch des Marktes wird hiermit eingeladen.
Stadtschultheißenamt: Schüb.

Stadtgemeinde Calw.
Das Sammeln von Lindenblüten
auf städtischen Bäumen ist gestattet. Ein Verbot besteht nur für die Bäume des Stadtparkes.
Die Blüten dürfen jedoch nur unter Benützung von Bodenteilern gesammelt werden; auch dürfen Kinder nur unter Aufsicht Erwachsener zum Blüten sammeln verwendet werden. Jede Beschädigung der Bäume wird bestraft.
Calw, den 12. Juli 1923.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Wiernsheim, Oberamt Maulbronn,
den 11. Juli 1923.



Unsere liebe Mutter und Großmutter
Frau Luise Werner Witwe
geb. Baitinger
wurde heute von langem, schwerem Leiden durch einen sanften Tod erlöst.
Karl Werner, Pfarrer, mit Frau Anna, geb. Werner und Kindern Martin und Ursula.
Die Beerdigung findet in Calw am Samstag Nachmittag um 1/2 4 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Oberkollbach, den 11. Juli 1923.
Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers u. Onkels
Gottlieb Bodemer
erfahren durften, sagen wir herzlichen Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Pfarrer Schmid für seine tröstlichen Worte am Grabe, dem Liederkreis für den erhebenden Gesang und dem Nachruß des Herrn Hauptlehrers Steinmüller, dem Geschäftspersonal d. Florealwerke sowie für die Kranzniederlegungen seiner Altersgenossen und Geschäftskollegen und für die liebevolle Pflege im Bezirkskrankenhaus.
Familie Bodemer.

Oberkollwangen.
Das Beeren sammeln
in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldern ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Gemeinderat.

Bergebung von Bauarbeiten.
Zur Erweiterung des Güterschuppens in Nagold sind die Zimmerarbeiten nach dem Preislistenverfahren auf Grund der Bestimmungen über Vergebung von Arbeiten und Lieferungen (Reg.-Blatt 1912 S. 37) zu vergeben. Die Vergabungsunterlagen liegen bei der Bahnmeisterei Nagold während der Dienststunden zur Einsichtnahme auf. Auszüge aus dem Kostenvoranschlag werden zum Selbstkostenpreis daselbst abgegeben.
Angebote sind mit entsprechender Aufschrift bis zum 18. Juli 1923 vormittags 11.30 Uhr auf der Eisenbahnbauinspektion Calw einzureichen, wo zu diesem Zeitpunkt die Eröffnung stattfindet, der die Bieter anwohnen können.
Aufschlagsfrist 8 Tage.
Calw, den 11. Juli 1923.
Eisenbahnbauinspektion.

An sämtl. Jagdkartenbesitzer des Calwer Bezirkes.
Am Sonntag, den 15. Juli nachm. 2 1/2 Uhr findet im Gasthaus zum „Hirsch“ in Calw eine
Jäger-Versammlung
statt. Tagesordnung: Vortrag über Jägerorganisation, Pachtordnung, Hundepflege usw.
Es ergeht hiermit Einladung.
Württ. Jägervereinigung.

Morgen Briefmarken-
Ankauf von 10-7 Uhr im
Hotel Waldhorn.
Keine gewöhnliche Marken aus den letzten 40 Jahren.
Hacker & Rau, Stuttgart.

Lebensmittel kaufen Sie billig und gut bei Fritz Freudenberger Bahnhofsstraße.

Bezirks-, Handels- u. Gewerbeverein.
Samstag, den 14. Juli abends 8 Uhr
Erörterungsabend im Gasth. zur „Schwäne“.

Reichsbund Ortsgruppe Calw.
Morgen Samstag, 8 Uhr, findet bei Ram. Scheuerle Monats-Versammlung statt, wozu zahlreiches Erscheinen dringend notwendig ist.
Der Ausschuss.

Spazierstock
braun poliert mit weißer Kordehülle und weißem Spigen am Sonntag, den 8. Juli im Schweinbadtal verloren.
Abgegeben in Hirsau, Wildbaderstr. 99

Neue **Fahrpläne** für den Bezirk Calw sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. erhältlich, das Stück zu Mk. 500.-

Suche auf 1. August nach Ehlingen a. N. besseres
Mädchen oder Haustochter, welche Kenntnisse in der Haushaltung und im Nähen besitzt und mit der Hausfrau jede Arbeit übernimmt zu 3 Personen. Angebote an Frau Baurat Böckeler, Ehlingen a. N., Langestraße Nr. 30.

Ein noch guterhaltenes **Fahrrad** hat zu verkaufen Gustav Erlennayer, Liebenzell.

== Sie ==
schädigen sich selbst wenn Sie sich eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.
Vor Schaden bewahren Sie sich wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirkes gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“. Sie sind dann über Preisbildungen, Käufe und Verkäufe jegl. Art unterrichtet.

Zwerenberg.
Herzliche Einladung zum **Missions-Fest**
Sonntag, 15. Juli, i. d. Kirche zu Zwerenberg.
Vormittags 1/2 10 Uhr: Predigt von Missionar Maurer, China.
Nachmittags 2 Uhr: Missionsfest; Ansprachen von Pfarrer Schlegel, früherer Missionar auf der Goldküste; Missionar Maurer, China; Stadtpfarrer Schlaich, Neubulach.
Ev. Pfarramt Zwerenberg.

Kirchengesangsverein Calw.
Ein deutsches Requiem von J. Brahms
am Sonntag, 15. Juli 1923, nachm. 5 Uhr, in der hiesig. Stadtkirche unter Mitwirkung von
Frau Meta Sindlinger-Cytel-Heilbronn, Herrn Konzertsänger Fritz Haas-Stuttgart (Bariton) und des verstärkten Vereins-Orchesters (Streichorchester, 3 Flöten, je 2 Oboen, Klarinetten, Fagotte, Hörner, Trompeten, Posaune, Harfe, Pauken und Orgel).
Leitung: Hptl. Fr. Nischele.
Karten beziff. I. Platz (Chor) zu 8000 Mk., II. Platz (Nr. 181-380 Oberamtsseite, Nr. 381-586 Mesnerseite) zu 6000 Mk., III. Platz (Schiff) zu 4000 Mk., sowie Programme in der Buchhandlung Kirchherr. Mitglieder erhalten auf 1. und 2. Platz 1000 Mk. Ermäßigung. Kirchenöffnung um 4 1/2 Uhr. Etwa noch nicht zugestellte, auf 1. Platz gezeichnete Karten mögen sofort abgeholt werden.

Kursaal Liebenzell
Freitag, den 13. Juli 1923 abends 8 1/2 Uhr
Tanz-Abend der Schule
HERION aus Stuttgart.
Kartenverkauf
I. Platz 9000 Mark,
II. Platz 6000 Mark.